

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Nein zu UNO-Beitritt

Mit einem Beitritt zur UNO verstösst die Schweiz gegen Verfassungstreue und Rechtsstaatlichkeit und riskiert mit einem daraus resultierenden Abbau der Souveränitätsrechte eine Demokratiekrise bei Bund und Kantonen. Dies erklärten Spitzenvertreter des Schweizerischen Aktionskomitees gegen den UNO-Beitritt am Donnerstag an einer Pressekonferenz in Bern. Das Komitee, dem rund 80 derzeitige und zahlreiche frühere Parlamentarier von FDP, CVP und SVP angehören, forderte den Souverän auf, am kommenden 16. März mit einem Nein zum Anschluss an die Vereinten Nationen den Mut aufzubringen «allein zu bleiben und nicht mit den Wölfen zu heulen».

«Pressefoto des Jahres»

Ein Bild des französischen Fotografen Frank Fournier von der Vulkankatastrophe in Kolumbien ist am Donnerstag von einer internationalen Jury als «Pressefoto des Jahres 1985» ausgewählt worden. Das Bild mit dem Titel «Die Agonie der Ameira Sanchez» zeigt ein Mädchen, das bis zum Hals im Schlamm steckt und schliesslich trotz aller Rettungsversuche sterben musste.

Gibt es bald Sendungen von «Radio Liechtenstein»?

Eine Kommission der Regierung hat die Möglichkeiten für einen eigenen Sender untersucht

«Radio Liechtenstein» erhält nach den verschiedenen Versuchen mit kommerziell betriebenen, auf einen lokalen oder regionalen Raum beschränkten Radiosendern in der Schweiz wieder neue Aktualität. In den letzten drei Jahrzehnten waren alle Gesuche zur Errichtung von «Radio Liechtenstein» bei der Regierung schubladisiert worden, weil sich diese Radiostationen nicht auf unser Staatsgebiet beschränkt hätten, sondern als Werbesender ganz bestimmte Zielgebiete anpeilten. Mit dem Aufkommen der lokalen Radiosender hat sich nun eine neue Situation ergeben, die möglicherweise zu einem auf unser Land beschränkten Sender «Radio Liechtenstein» führen wird.

Die Regierung hat dem Landtag noch kurz vor Ablauf der Legislaturperiode einen Zwischenbericht einer Kommission, die sich mit Medienfragen beschäftigte, übermittelt. Die Kommission unter dem Vorsitz von Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt, hatte den Auftrag, ausreichende Grundlagen für die medienpolitische Entscheidungsfindung zu erarbeiten. Die Kommission beschäftigte sich vorwiegend mit Fragen der Hörfunk-Versorgung in unserem Land, also mit Fragen im Zusammenhang mit dem Aufbau von «Radio Liechtenstein».

UKW-Bereich für Lokalversorgung

In ihrem Zwischenbericht an den Landtag stellte die Kommission die Möglichkeiten für einen Radiosender dar, wobei die Schlussfolgerung gezogen wurde, dass sich für die lokale Versorgung nur

ein UKW-Sender eigne. Unser Land besitzt allerdings seit der Funkverwaltungskonferenz der Internationalen Fernmeldeunion 1975 eine Mittelwellenfrequenz, ebenso besteht Aussicht, dass Liechtenstein eine Kurzwellenfrequenz zugeteilt erhält, während im Bereich der Langwellen der Anschluss verpasst wurde. Zudem ist unser Land im Frequenzplan für den Satellitenfunk aufgeführt, wobei in diesem Bereich in den nächsten Jahren noch weitere Entscheidungen auf europäischer Ebene zu erwarten sind.

Zwei Sender wären notwendig

Nach Auffassung der Kommission kommt nur ein UKW-Sender für unser Land in Frage, wie das auch bei dem anfangs dieser Woche vorgestellten Projekt «Radio Gonzen» der Fall ist. Allerdings ist eine flächendeckende Vollversorgung unseres gebirgigen Staatsgebietes nur unter Einsatz von wenigstens zwei Sendern möglich, weil sich Abschattungen durch Bodenerhebungen oder durch Gebäude ergeben können. Nach den zugeordneten UKW-Frequenzen durch die Funkverwaltungskonferenz im Jahre 1984 wäre eine fünffache Überdeckung des Landes durch zwei Sender, Buchserberg und Steg, möglich. Sollte «Radio Liechtenstein» also verwirklicht werden, so müsste nur ein Funkstudio und der Sender Steg errichtet werden, da die liechtensteinischen Frequenzen auch vom bereits bestehenden Sender Buchserberg ausgestrahlt werden könnten.

Möchte man aus staatspolitischen

Gründen auf Ausstrahlungen aus dem Ausland (Buchserberg) verzichten, so könnten auch Sender auf dem Eschnerberg und in Balzers – zusammen mit dem Sender Steg – errichtet werden, um die Funkversorgung zu gewährleisten. Bei der Realisierung der innerstaatlichen Variante müssten in jedem Fall zwei Sender im Talgebiet anstelle des Senders Buchserberg errichtet werden. Allerdings erreichten diese zwei innerstaatlichen Sender nicht ganz den Versorgungseffekt wie die Anlage Buchserberg, die gerade für unser Land einen Standortvorteil bietet.

Bald realisierbar?

Aus technischer Sicht ergeben sich nach dem Bericht der Kommission wenig Probleme, um einen Sender «Radio Liechtenstein» zu verwirklichen. Allerdings wird in dem Bericht unterstrichen, dass es sich bei den Beispielen um theoretische Werte handle, die in der Praxis noch genau überprüft werden müssten. Die Investitionen sind, wenn man das Beispiel «Radio Gonzen» zum Massstab nimmt, nicht allzu gross. Der Lokalsender in unserer Nachbarschaft, der bereits im Mai dieses Jahres die ersten Sendungen ausstrahlen will, rechnet mit etwa 600 000 Franken im Jahr.

Über «Radio Liechtenstein» liegt freilich erst ein Zwischenbericht vor, der die technische Seite beleuchtet. Ob ein derartiges Projekt verwirklicht wird, muss auf der politischen Ebene entschieden werden. Diese Entscheidungen stehen noch aus. (G. M.)

KOMMENTAR

Nach den Wahlen in den Landtag drängt sich in nächster Zeit die Neubestellung der Regierung auf. Die Amtszeit der bisherigen Regierung, aus der mit Ausnahme von Regierungschef Hans Brunhart alle Regierungsmitglieder auf eine Wiederwahl verzichten, läuft anfangs April aus. Bis dahin sollte dem Landtag ein entsprechender Vorschlag vorliegen, damit das Parlament dem Staatsoberhaupt die Regierungsmitglieder zur Ernennung vorschlagen kann.

Und bis dahin müsste auch die Frage geklärt sein, ob es wiederum zur Bildung einer Koalitionsregierung kommt oder ob die VU als Mehrheitspartei die Regierung allein bildet. Damit hängt auch die Frage zusammen, ob die FDP nochmals gewillt ist, zusammen mit der VU eine Koalitionsregierung ins Amt zu setzen.

Die VU hat bereits signalisiert, dass sie an einer möglichst raschen Regierungsbildung interessiert ist, wobei der Seitenhieb nicht fehlte, die FDP müsse sich nach ihrer Wahlniederlage wieder auf die Beine stellen.

Ohne Hast, ohne Zeitdruck

len. Zu dieser mit reichlich Arroganz vorgetragenen Weichenstellung für die künftige Politik in unserem Lande ist zu bemerken, dass die FDP nicht «führungslos durch den Sturm schlingert» (Vaterland), sondern nach einem nur 24stündigen Unterbruch wieder über eine voll handlungsfähige Parteileitung verfügt. Zwar übt dieses Gremium seine Funktionen nur vorübergehend aus, doch setzt es sich aus Personen zusammen, die bereits bisher im Parteivorstand vertreten und dadurch mit all den anstehenden Problemen befasst waren.

Dennoch sollte sich dieses Gremium nicht in seinen Entscheidungen drängen lassen. Denn die VU wird dem bisherigen Koalitionspartner zumindest zugestehen, was sie nach ihrer Wahlniederlage 1974 für sich selbst beanspruchte: Ohne Zeitdruck und ohne Hast alle Fragen sorgfältig abklären.

Damals führte die VU in allen Ortsgruppen Testabstimmungen durch, ob sie weiterhin eine Koalitionsregierung mitbilden sollte oder nicht. Die Amtszeit der Regierung Hilbe war schon abgelaufen, als sich die VU-Delegiertenversammlung für eine Mitarbeit in der FDP-Regierung entschied.

Heute gilt es noch mehr als damals genau abzuwägen, ob eine Koalitionsregierung noch sinnvoll ist, ob sich das System der Co-Opposition nicht verbraucht und überlebt hat oder ob eine klare Trennung zwischen Regierung und Opposition nicht ehrlicher wäre. Doch solche Überlegungen können nur Gegenstand von Erörterungen sein, wenn die notwendige Zeit dafür zur Verfügung steht. (G. M.)

Philippinen: Höchste Alarmstufe für Streitkräfte

Präsident Marcos fordert Aquino-Anhänger zu Verzicht auf Gewalttaten auf

Manila (AP) Einen Tag vor den Präsidentschaftswahlen auf den Philippinen hat Präsident Ferdinand Marcos die Streitkräfte am Donnerstag in höchste Alarmbereitschaft versetzt. Die Anordnung trat am Donnerstag mittag Ortszeit in Kraft und gilt bis Freitag mittag, das heisst bis drei Stunden vor Schliessung der Wahllokale, wenn sie nicht verlängert wird. Während des Alarmzustands herrscht für das Militär Urlaubs- und Ausgangssperre. Die Massnahme ist bei Wahlen auf den Philippinen üblich.

Marcos hat die Opposition in der Vergangenheit mehrfach beschuldigt, die Wahlen stören zu wollen. Auf seiner abschliessenden Wahlkampfveranstaltung am Mittwoch forderte er die Anhänger seiner Gegenkandidatin Corazon Aquino auf, auf Gewalttaten zu verzichten.

Von Marcos eingeladene ausländische Beobachter wollen darüber wachen, dass es beim Wahlgang und bei der Auszählung der Stimmen nicht zu Unregelmässigkeiten kommt. Einige der Beobachter wiesen jedoch bereits darauf hin, dass sie nur einen sehr kleinen Teil der rund 90 000 Wahllokale überwachen könnten. Mitarbeiter des Präsidenten und die regimetreue Presse haben die Beobachter dazu aufgefordert, sich nicht in die Wahlen «einzumischen». Die Wahlleitung lehnte am Mittwochabend ein Gesuch der Auslandspresse ab, ausländischen Journalisten wie bei früheren Wahlen den Zutritt zu den Wahllokalen zu gestatten.

Die Wahlen finden 15 Monate vor Ende der Amtszeit des Präsidenten statt. Marcos, bereits seit 20 Jahren an der Macht, möchte damit vor allem dem Ausland demonstrieren, dass ungeachtet aller oppositioneller Proteste die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ihn nach wie vor unterstützt. In einem am Mittwochabend von der US-Fernsehgeseilschaft ABC ausgestrahlten Interview gab er sich erneut siegesgewiss. Zugleich versicherte er zwar, dass er nach einer Niederlage zurücktreten werde, fügte jedoch einschränkend hinzu, dies gelte nur für den Fall, dass es «keine Schwierigkeiten oder irgendeinen Grund» für die Beanstandung des Wahlsiegs seiner Gegner gebe.

Frau Aquino, die Witwe des 1983 ermordeten Oppositionspolitikers Benigno Aquino, brachte in einem getrennten Interview mit ABC erneut die Befürchtung zum Ausdruck, dass der 68jährige Präsident alles daran setze werde, die Wahl zu seinen Gunsten zu manipulieren. Für diesen Fall müsse Marcos mit anhaltenden Protesten rechnen. Sie werde ihre Anhänger zwar zu gewaltlosen Demonstrationen aufrufen, «doch fürchte ich, dass sie dann nicht mehr auf mich hören

werden», fügte die 53jährige hinzu.

Wahlberechtigt sind rund 26.1 Millionen Menschen. Da auf den Philippinen Wahlpflicht besteht, ist eine relativ hohe Wahlbeteiligung zu erwarten. Die Wahllokale öffnen am Freitag um 07.00 Uhr Ortszeit (Donnerstag 24.00 Uhr MEZ) und schliessen um 15.00 Uhr (Freitag, 08.00 Uhr MEZ). Mit ersten Ergebnissen ist voraussichtlich spätestens gegen 11.00 Uhr MEZ zu rechnen.

(Vgl. Seite «Zeitgeschehen»)



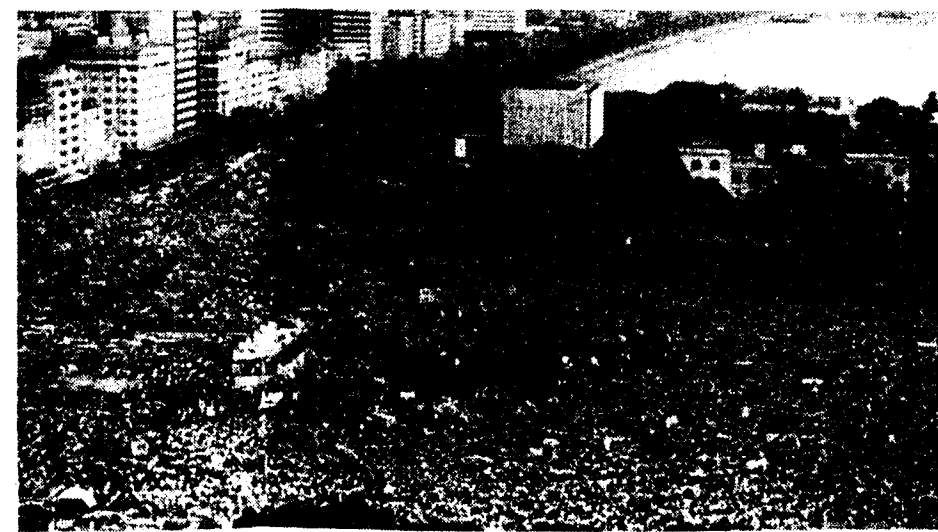
Der britische Konsul in Zürich, Gordon Duggan, hiess gestern das Thronfolgerpaar Prinz Charles und Prinzessin Diana auf dem Flughafen Kloten willkommen.

Thronfolgerpaar macht Ferien in der Schweiz

Der englische Thronfolger Prinz Charles und Prinzessin Diana sind am Donnerstag mittag auf dem Flughafen Zürich-Kloten eingetroffen. Anschliessend reisten sie ins Bündnerland weiter, wo sie ihre Winterferien verbringen wollen.

Die von Prinz Charles gesteuerte Turboprop-Maschine der königlichen Flugzeugflotte landete um 12.30 Uhr auf der Piste «Charlie 1» des Zürcher Flughafens. Beim Umsteigen - in Zürich Kloten war es bitter kalt - trug der Thronfolger einen beigen Kamelhaarmantel, während sich seine Frau in einem scharlachroten Mantel zeigte.

Der von zahlreichen Flughafenangestellten verfolgte Aufenthalt auf dem Flugfeld war nach wenigen Minuten zu Ende. Nachdem das Gefolge ausgestiegen und das Gepäck ausgeladen war, setzte sich die Fahrzeugkolonne in Richtung Wolfgangpass in Bewegung. Dabei sass der künftige König von England am Steuer eines braunen Range-Rovers. Das Paar will in einem Chalet zwischen Davos und Klosters seine Skiferien verbringen und während des Urlaubs aller Voraussicht nach auch die fürstliche Familie auf Schloss Vaduz besuchen.



Wahlkampf-Finale im Rizal-Park in Manila: Bei der Oppositionspolitikerin Corazon Aquino erschienen schätzungsweise 600 000 Anhänger (oben), während man an der Veranstaltung von Präsident Marcos nur rund 150 000 Menschen zählte (unten).

Kein Stadtstaat

SHZ-Sonderbeilage Liechtenstein

Unter dem Titel «Aussenhandel Schweiz - Liechtenstein» hat die Schweizerische Handelszeitung (SHZ) eine farbige Sonderbeilage über unser Land herausgegeben. Auf der Frontseite der Beilage führt Alphons Matt ein Interview mit S. D. Erbprinz Hans Adam, der sich darin gegen einen Stadtstaat Liechtenstein ausspricht und eine mögliche Lösung aus dem Kunsthause-Konflikt andeutet. Ausserdem wird die Überfremdung angesprochen, wobei Erbprinz Hans Adam betont, dass er eine grosszügigere Einbürgerungspraxis bevorzugen würde.

Die Sonderbeilage enthält im weiteren eine Stellungnahme von alt Regierungschef Dr. Alexander Frick zur Fremdarbeiterpolitik, während Bürgermeister Arthur Konrad mit dem «Porträt eines Weltdorfes» die Residenz Vaduz vorstellt.

Zu wirtschaftlichen Fragen äussern sich Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt und Dr. Benno Beck, der Leiter des Amtes für Volkswirtschaft.